

Landtagswahl 2008

Wahlprüfsteine des Kreisjugendring München-Land Fragen an die Direktkandidaten für den Stimmkreis München-Land-Süd:



Susanna Tausendfreund (Bündnis 90/Die Grünen)

Wie schätzen Sie die Situation von Kindern und Jugendlichen und ihre Problemlagen im Landkreis München ein?

Thema Bildung:

- 1. Jugendarbeit in den Verbänden und die offenen Jugendarbeit sind als Bildungsarbeit eine wichtige Ergänzung zum Schulunterricht. Durch welche Maßnahmen kann Ihrer Meinung nach außerschulische Bildung aufgewertet werden?**

Die Jugendarbeit der Verbände und die offene Jugendarbeit bieten im Landkreis München bereits vielfältige Angebote, deren Ausweitung ich unterstütze, genauso wie die Angebote der Bildungsstätte des Kreisjugendrings und des Naturerlebnis zentrums (NEZ).

Das bestehende Bildungssystem in Bayern mit seinem immer gedrängterem Lernstoff, dem engen zeitlichen Korsett und der gnadenlosen Auslese muss entzerrt werden, damit soziale Kontakte, musische und künstlerische Förderung und Sportaktivitäten stärker zum Zug kommen.

Die außerschulische Bildungsarbeit muss diese Defizite jetzt ausgleichen. Aber auch nach einer radikalen Schulreform, wie wir sie uns vorstellen, und einem leichteren Zugang zum Studium wird der Jugendarbeit der Verbände und der offenen Jugendarbeit weiterhin eine wichtige Rolle zukommen.

Bei den Jugendorganisationen muss deshalb sichergestellt werden, dass sie über die nötige Infrastruktur, insbesondere Räumlichkeiten für ihre Treffen und ausreichend Personal verfügen können. Seitens des Landtags müssen die Kommunen in die

finanzielle Lage versetzt werden, den Jugendorganisationen diese Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Außerdem ist das Gespräch mit den einzelnen Gemeinden erforderlich. Daneben will ich die ehrenamtliche Tätigkeit der Jugendleiter besser unterstützen, z.B. mit der Erhöhung der Jugendleiterpauschale.

Mit mehr Personal in der offenen Jugendarbeit könnten die Jugendzentren längere Öffnungszeiten anbieten und in jeder Gemeinde Angebote entstehen. Hier würde es helfen, wenn der Personalkostenanteil, den der Landkreis trägt, wieder von derzeit 25 % auf 50 % erhöht wird. Damit würde für die Gemeinden der Anreiz geschaffen, einer Aufstockung des Personals zuzustimmen bzw. dort, wo es bisher keine offene Jugendarbeit gibt, ein Jugendzentrum aufzubauen.

Außerdem soll ein Konzept für ein verbessertes und flächendeckendes Angebot für die offene Jugendarbeit in enger Zusammenarbeit mit dem KJR erarbeitet und umgesetzt werden.

Mit den Räumlichkeiten der Burg Schwaneck haben wir hervorragende Voraussetzungen für die Bildungsstätte und das NEZ. Diese Arbeit sollte noch ausgeweitet werden. Nach der Renovierung der Burg stehen zusätzliche Räume für Seminare, Workshops etc. zur Verfügung, die stärker, auch von den Jugendverbänden, Freizeitstätten und Schulen genutzt werden könnten. Bei der Bildungsstätte und dem NEZ ist eine deutliche personelle Aufstockung wünschenswert, die über Projektmittel des Freistaats z.B. für die Umweltbildung abgedeckt werden könnten.

Das internationale Jugendhaus der Verständigung, das derzeit in Oberschleißheim durch den Landkreis errichtet wird, bietet große Chancen für ein umfangreiches zusätzliches Freizeit- und Bildungsangebot für Jugendliche unterschiedlicher Nationen, inklusive des Blicks über den jeweiligen Tellerrand hin zu anderen Kulturen und Lebensgewohnheiten. Das Jugendhaus wird eine Bedeutung für die Jugendarbeit weit über die Landkreisgrenzen hinaus erzielen. Auch hier benötigen wir natürlich ausreichend Personal, damit das pädagogische Konzept auch umgesetzt werden kann und möglichst viele Jugendliche davon profitieren können.

2. Was können Sie als Vertreter des Landkreis München dafür tun, dass die Infrastruktur verbessert wird, um Kindern und Jugendlichen, unabhängig vom finanziellen und ethnischen Hintergrund, gleiche Zugangschancen zu Bildung zu ermöglichen?

Eine wichtige Voraussetzung für gleiche Bildungschancen ist, dass alle Kinder die Möglichkeit erhalten, Kinderbetreuungseinrichtungen zu besuchen. Hier werden sie von geschultem Personal zu spielerischem Lernen hingeführt und in der Gruppe entwickeln sie Sozialkompetenz. Wenn im Elternhaus nicht oder zu wenig deutsch gesprochen wird, kann auch dies hier ausgeglichen werden. Allerdings muss die Qualität der Einrichtungen noch verbessert werden. Vielerorts findet sich kein pädagogisches Personal mehr. Die Arbeit wird viel zu schlecht bezahlt, obwohl die Anforderungen und die soziale Bedeutung extrem hoch sind.

Die Angebote an Krippen- und Hortplätzen in den einzelnen Gemeinden sind bei weitem noch nicht ausreichend. Der Freistaat ist hier in der Pflicht, einen höheren Anteil an der Finanzierung der Einrichtungen zu übernehmen.

Der Besuch von Kinderkrippe, Kindergarten und Hort samt Verpflegung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Mein Ziel ist es, den Besuch dieser Einrichtungen kostenfrei zu gestalten, wie dies schließlich auch bei den Schulen der Fall ist. Zumindest müssen gestaffelte Tarife und spezielle Angebote für Nicht- bzw. Geringverdiener vorhanden sein.

Kinder und Jugendliche, die von Sozialhilfe leben müssen, benötigen zusätzliche finanzielle Unterstützung, z.B. bei der Schulausstattung und bei den Kosten für das Mittagessen. Die Beträge, die hierfür in die Sozialhilfesätze eingerechnet sind, reichen bei weitem nicht aus.

Für Kinder und Jugendliche, die Sprachförderung benötigen, muss diese gezielt angeboten werden.

Im Landkreis gibt es noch viel zu wenig Angebote an Ganztagschulen. Gerade für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern wäre ein strukturiertes Ganztagesangebot eine große Chance.

Jeder Jugendliche muss mit einer echten Perspektive die Schule verlassen können. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass ca. 10 % der Schüler die Schule ohne jeglichen Abschluss in die Perspektivlosigkeit entlassen werden.

Ganz dringend muss der Auslesedruck von den Schultern der Kinder genommen werden. Dies wollen wir mit einer längeren gemeinsamen Schulzeit aller Kinder, kleineren Klassen, mehr Lehrern und individueller Förderung, die einen Schulabschluss für alle Kinder ermöglicht, erreichen. Der Übergang zu den weiterführenden Schulen muss durchlässiger und der Zugang zu einem Hochschulstudium erleichtert werden. Dazu gehört auch, dass die Studiengebühren abgeschafft werden müssen.

Thema Ehrenamt:

Die Jugendleitercard, kurz Juleica, wurde bundeseinheitlich eingeführt und ist der Nachweis einer qualifizierten Ausbildung zur Jugendgruppenleiterin und zum Jugendgruppenleiter. Die Juleica bildet die Grundlage für ehrenamtliche Arbeit. Derzeit gibt es im Landkreis über 400 aktive Juleica-Inhaber.

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie im Landtag Vergünstigungsrichtlinien für Juleica-Inhaber zu schaffen, die in gesamt Bayern gültig sind?

Der Landtag kann Empfehlungen auf freiwilliger Basis an die Städte, Gemeinden, Landkreise, Verkehrsunternehmen, Gewerbebetriebe etc. geben, nach denen vorgeschlagen wird, den Juleica-Inhabern verschiedene Vergünstigungen einzuräumen.

Bei öffentlichen Einrichtungen wie Büchereien, Schwimmbädern handelt es sich z.B. um gemeindliche Einrichtungen, bei denen die Gemeinden unterschiedliche Regelungen für Vergünstigen für Juleica-Inhaber treffen können, die mit einer solchen Empfehlung mit der Zeit eine Angleichung finden können. Die Entscheidung liegt jedoch beim jeweiligen Träger der Einrichtung, der kommunal oder privatrechtlich organisiert sein kann.

Bei Einrichtungen, die in der Trägerschaft des Freistaats sind, kann der Landtag selbst die entsprechenden Vergünstigungen festlegen, z.B. beim Eintritt in staatliche Museen.

Damit wir zunächst im Landkreis München zu gezielten und einigermaßen einheitlichen Regelungen kommen, sollten die ehrenamtlichen Jugendleiterinnen und Jugendleiter unter Federführung des KJR und gegebenenfalls des Bayerischen Jugendrings einen Vorschlag ausarbeiten, welche Vergünstigungen ihnen wünschenswert und realistisch erscheinen, um die Jugendleitertätigkeit attraktiver zu gestalten. Wir GRÜNE werden uns gerne dafür einsetzen, dass die Handhabung in den Gemeinden vereinheitlicht wird oder auch Unternehmen Rabatte geben.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Jugendliche die sich ehrenamtlich engagieren, besonders zu würdigen?

Zur besonderen Würdigung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen ließe sich natürlich eine besondere Ehrung durch den Landkreis einführen, z.B. anlässlich des jährlichen Jugendleiterfests des KJR oder in einer eigenen, möglichst wenig steifen Veranstaltung. Hier bitte ich um Vorschläge, in welchem Rahmen dies stattfinden soll. Vorstellen könnte ich mir auch eine jährliche Broschüre des Landkreises und/oder eine Rubrik auf der Internetseite, in der die unterschiedlichen Aktivitäten der Ehrenamtlichen vorgestellt werden.

Als Würdigung der Arbeit habe ich mich bereits dafür eingesetzt, dass die ehrenamtlichen Jugendleiterinnen und Jugendleiter ein freies MVV-Ticket erhalten. Im November 2007 haben wir, die GRÜNE-Fraktion, im Kreistag beantragt, dass der Landkreis München die Kosten für MVV-Jahresabos für Jugendleiter mit Jugendleitercard übernimmt. Dieser Antrag wurde jedoch von der Mehrheit im Kreistag abgelehnt.

Im letzten Gespräch mit dem Vorstand des KJR hat sich nun ein anderer Vorschlag für die Würdigung der Arbeit der Jugendleiterinnen und Jugendleiter herauskristallisiert: Eine deutliche Erhöhung der jährlichen Jugendleiterpauschale auf 365,- €. Diesen Antrag, der vom Landkreis finanziert werden muss, werden wir gerne unterstützen.

Thema Arbeitslosigkeit:

1. Welche Rahmenbedingungen kann der Freistaat schaffen ortsansässige Firmen dazu zu motivieren, spezielle Angebote für arbeitssuchende Jugendliche ins Leben zu rufen bzw. bestehende Angebote auszuweiten?

Die Firmen können auf freiwilliger Basis, im persönlichen Gespräch oder mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen motiviert werden, spezielle Angebote für Jugendliche auf Arbeitssuche zu schaffen. Es können z.B. Preise ausgelobt werden. Manchmal bewegt sich eine Firma, wenn sie dadurch Imagepflege betreiben kann. Es kann aber auch sanfter Druck durch Förderprogramme und Lohnkostenzuschüsse aufgebaut werden. Der schärfere Druck ist eine Abgabe, die Betriebe zahlen müssen, die nicht oder zu wenig ausbilden.

Voraussetzung dafür, dass Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, ist auch, dass mittelständische Unternehmen und der Einzelhandel in unseren Gemeinden

überleben können. Mit der zunehmenden Ansiedlung von großen Märkten wie IKEA, Metro, XXXL Lutz, Obi und anderen wird den kleineren Betrieben die Basis entzogen. Untersuchungen belegen dass mit einem Arbeitsplatz, die in einem dieser Märkte geschaffen werden, 4-5 Arbeitsplatz und somit auch Ausbildungsplätze im Einzelhandel wegfallen.

Das wesentliche Problem ist, dass zu viele Jugendliche deshalb keinen Ausbildungsplatz bekommen, weil sie entweder gar keinen Schulabschluss vorweisen können oder ein zu schlechtes Abschlusszeugnis haben. Deshalb müssen wir bei der Qualität der vorschulischen und der schulischen Bildung ansetzen. Auf diesem Weg darf kein Kind, kein Jugendlicher verloren gehen. Das bayerische Bildungssystem muss mit kleineren Gruppen bzw. Klassen und mit mehr Betreuern und mehr Lehrern stärker auf die Bedürfnisse und die individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes bzw. Jugendlichen ausgerichtet werden. Die Qualität einer Schule darf sich nicht daran messen, dass möglichst viele Kinder auf der Strecke bleiben, sondern daran, dass möglichst viele zum Lernen motiviert und mitgenommen werden.

2. Gibt es in Ihrem Wahlkreis Projekte zur Unterstützung der Jugendlichen beim Übergang von Schule zu Beruf, wie z.B. „Job-Patenschaften“ und welche Möglichkeiten gibt es diese Projekte von politischer Seite zu unterstützen?

Es gibt einige private Projekte, z.B. das der örtlichen Agenda 21-Gruppe in der Gemeinde Pullach. Zusammen mit der Hauptschule vermitteln sie Paten für die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen, die sie beraten und bei der Auswahl des Berufs und bei der Jobsuche betreuen. Die Unterstützung bei der Abfassung von Bewerbungen oder der gemeinsame Besuch bei einem potentiellen Arbeitgeber hat bereits vielen Jugendlichen geholfen, einen Arbeitsplatz zu finden.

Von politischer Seite können weitere derartige Projekte angestoßen, finanziell und ideell unterstützt und vernetzt werden, damit ein Erfahrungsaustausch stattfindet.

Thema Integration:

1. Was verstehen Sie unter gelungener Integration?

Unter gelungener Integration verstehe ich, wenn die Menschen unterschiedlicher Herkunft gleichberechtigt und friedlich miteinander leben können, ohne Ansehen der ethnischen Wurzeln, der Religion oder des sozialen Standes. Zu diesem Miteinander gehört, dass die ausländische Bevölkerung sich nicht in Parallelgesellschaften zurückzieht, sondern sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen einbringt und beteiligt und dass sie von den Deutschen als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft anerkannt und als Bereicherung angesehen werden. Der maßgebliche Schlüssel zu dieser Verständigung ist natürlich die deutsche Sprache.

Allerdings sind die Sprachförderangebote im Landkreis sehr unterschiedlich. Nur in wenigen Gemeinden gibt es ausreichend Kurse. Meist sind es die Volkshochschulen, die Deutschkurse für Ausländer anbieten, zum Teil sind es auch die Agenda 21-Gruppen, die sie organisieren. Erfreulich ist, dass das sehr erfolgreiche Projekt „Junge Integration“ des Kreisjugendrings speziell Kurse für Mütter ausländischer

Herkunft anbietet, um ihnen aus der zum Teil bestehenden familiären Isolation heraus zu helfen.

Falsch verstandene Integration wäre, Menschen mit Migrationshintergrund zu drängen, eine „deutsche Leitkultur“ anzunehmen und ihre eigenen Wurzeln abzustreifen. Für kontraproduktiv halte ich diesem Zusammenhang den Zwang, sich für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Mit der Möglichkeit, sich hier einbürgern zu lassen, aber die ursprüngliche Staatsangehörigkeit nicht aufgeben zu müssen, würde eine stärkere Identifikation mit unserem Land und unserer Kultur entstehen, gerade weil dies eine tolerante Regelung wäre. Die doppelte Staatsangehörigkeit ist Ausdruck eines liberalen Rechtsstaats.

2. Gibt es innovative Integrationsprojekte in Ihrem Wahlkreis, die Sie fördern möchten? Können Sie diese kurz beschreiben?

Das Projekt „Junge Integration“ halte ich für sehr erfolgreich und zukunftsweisend. Es sollte auf weitere Gemeinden und Projekte ausgeweitet werden, nicht nur in unserem Landkreis, sondern in ganz Bayern.

Des Weiteren sind mir verschiedene kleinere bzw. private Projekte bekannt, die jedoch an der jeweiligen Aktivität einzelner Personen hängen.

Mit dem neuen Integrationsbeauftragten des Landkreises stehe ich in Kontakt. Seine Arbeit befindet sich noch in der Phase der Bestandsaufnahme. Ich hoffe, dass er bald konkrete Projekte vorschlägt.

3. Wie wollen Sie die politische Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Ihrem Wahlkreis fördern?

Wir GRÜNE wollen für alle Wahlen das Wahlalter auf 16 Jahre senken. Für Kommunalwahlen wollen wir erreichen, dass alle Einwohner einer Gemeinde, eines Landkreises wahlberechtigt sind, also nicht nur die Deutschen und die EU-Ausländer. Wir wollen die Einbürgerung deutlich erleichtern, um damit die volle politische Mitwirkung auf allen politischen Ebenen zu eröffnen.

Integrations- bzw. Ausländerbeiräte und Jugendparlamente sind außerdem geeignete Arbeitsgremien, bei denen sich Jugendliche mit Migrationshintergrund einbringen können. In den Stadt- und Gemeinderäten bringen wir regelmäßig Vorschläge ein, diese Gremien einzuführen. Teilweise haben wir dabei Erfolg, es gibt aber noch immer Widerstände oder auch kein ausreichendes Interesse, sich hier einzubringen.

In unserer Partei können schon immer ganz selbstverständlich Interessenten unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder Herkunft mitarbeiten und wir bieten ihnen prominente Plätze auf unseren Kandidatenlisten an. Auf allen politischen Ebenen sind wir in den Parlamenten mit jungen Abgeordneten mit Migrationshintergrund vertreten.

Thema Armut:

1. In welcher Form wird der Freistaat Bayern Kinder und Jugendliche, die von Armut betroffen sind, in Zukunft unterstützen?

Armut ist ein zunehmendes Problem im Landkreis München. Dabei klafft hier in diesem reichen Landkreis die Schere zwischen arm und reich besonders weit auseinander, was die Situation für die von Armut Betroffenen nicht einfacher macht. Wenn Familien und deren Kinder von Sozialhilfe, Grundsicherung (Landratsamt) bzw. Arbeitslosengeld II (Arbeitsagentur) leben müssen, bedeutet dies in der Regel, dass sie von Armut betroffen sind. Daneben gibt es noch eine hohe Dunkelziffer von Betroffenen, die zwar keine der genannten Hilfeleistungen beziehen, aber dennoch am Existenzminimum leben.

Wir brauchen viele Einzelmaßnahmen, um den von Armut betroffenen bzw. bedrohten Menschen zu helfen. Der Aufbau von gemeinnützig organisierten Tafeln beispielsweise, bei denen Bedürftige kostenlos Nahrungsmittel und zum Teil auch Kleidung erhalten ist zwar wichtig, aber kann eine nachhaltige Sozialpolitik nicht ersetzen. Man darf darüber die Bekämpfung der Ursachen von Armut nicht vergessen. Größte Armutsrisiken sind unzureichende Ausbildung, Kinder groß zu ziehen, ungerechte Entlohnung und das inzwischen sehr löchrige soziale Netz. Das Engagement für ein besseres Bildungssystem, bessere Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern und Alleinerziehende z.B. durch Betreuungsmöglichkeiten, der Einsatz für angemessene Arbeitseinkommen, von denen eine Krankenschwester oder ein Postbote leben kann und nicht noch einen Zweit- oder Dritttjob nach Feierabend annehmen muss und eine verbesserte Grundsicherung stehen für mich deshalb im Vordergrund.

Auf folgende Einzelpunkte möchte ich eingehen:

Ich möchte erreichen, dass die Regelsätze für Sozialhilfe und das Arbeitslosengeld II auf mindestens 420,- € und damit auch die Sätze für die Kinder angehoben werden. Auch wenn wir im Kreistag erreichen konnten, dass die Sozialhilferegelsätze etwas erhöht wurden, sind diese bei den hohen Lebenshaltungskosten noch viel zu niedrig.

Auf unseren Antrag hin wurden Gelder für ein deutlich vergünstigtes MVV-Sozialticket vorgesehen, denn die meisten Hilfeempfänger können sich die MVV-Fahrten nicht leisten. Mobilität ist aber Voraussetzung für die Teilnahme am sozialen Leben. Dies gilt auch für Jugendliche. Die Umsetzung stockt jedoch noch. Nachdem der Freistaat eine entscheidende Stimme bei der Tarifgestaltung des MVV hat, lässt sich über den Landtag Einfluss nehmen.

Grundlage für ein gezieltes Förderprogramm für Kinder und Jugendliche ist der von uns geforderte und endlich beschlossene Armutsbericht für den Landkreis, wie es ihn für die Stadt München schon lange gibt. Aus diesem Bericht können die Ursachen für Armut, die Brennpunkte abgelesen werden und Maßnahmen zu Bekämpfung der Armut entwickelt werden.

Freizeit- und Bildungsmaßnahmen oder Schulausflüge dürfen Kindern und Jugendlichen nicht aus finanziellen Gründen verschlossen bleiben. Hier müssen die Träger der Maßnahmen über einen Kostenausgleich in die Lage versetzt werden, die betroffenen Kinder und Jugendlichen dennoch teilnehmen zu lassen.

2. Wie können Sie sich für eine Erhöhung der Fördermittel des bayerischen Jugendprogramms einsetzen?

Es ist der normale Entscheidungsweg im Landtag, einen Antrag an die Landtagsgremien zu stellen, wenn man ein Anliegen durchsetzen will. Als GRÜNE-Fraktion stellen wir gerne einen Antrag auf Erhöhung der Fördermittel für das Jugendprogramm. Unsere Fraktion hat sich übrigens in den letzten Jahren immer gegen die Kürzungen der Fördermittel für das Jugendprogramm bzw. für deren Erhöhung stark gemacht. Dieser Antrag wird dann in den zuständigen Ausschüssen vorbereitet und im Plenum des Landtags entschieden. Im Vorfeld sollte man immer versuchen, sich eine Mehrheit zu suchen. Es müssen also Gespräche mit anderen Abgeordneten geführt und Überzeugungsarbeit geleistet werden. Während 46 Jahren CSU-Alleinherrschaft in Bayern war dies für die Oppositionsparteien immer eine etwas einseitige Angelegenheit, da wichtige Anliegen alleine deshalb niedergestimmt wurden, weil sie z.B. von den GRÜNEN kamen. Am 28. September besteht jetzt die Chance auf einen politischen Wechsel, was die politische Arbeit im Landtag deutlich erleichtern würde.

Susanna Tausendfreund
Direktkandidatin der GRÜNEN im Stimmkreis München-Land Süd

Pullach, den 31.07 2008